

Büro der Stadtverordnetenversammlung

Anfrage

Vorlagennummer: **ANF/2586/2009**
Öffentlichkeitsstatus: öffentlich
Datum: 03.09.2009

Amt: Büro der Stadtverordnetenversammlung
Aktenzeichen/Telefon: - Al -/1032
Verfasser/-in: Peter Lang

Beratungsfolge	Termin	Zuständigkeit
Magistrat		Zur Kenntnisnahme
Haupt-, Finanz-, Wirtschafts- und Rechtsausschuss	07.09.2009	Zur Kenntnisnahme

Betreff:

Anfrage des Herrn Lang gem. § 31 GO vom 03.09.2009 - Bauverein AG Wohnungen -

Anfrage:

1. 2001 wurden durch Mehrheitsbeschluss die Gießener HEGEMAG Anteile verkauft. Die Mehrheit stellte zur damaligen Zeit die CDU und FDP. Man rechtfertigte und versicherte damals, dass dadurch keine Nachteile entstehen würden. Heute und gerade jetzt werden die Nachteile, nämlich der Anstieg des Mietniveaus in den letzten Jahren sichtbar. Dieser Wohnraum wird mehr und mehr unbezahlbar für Menschen mit niedrigem Einkommen.
„Wie wird die Stadt Gießen nun reagieren um entsprechenden Wohnraum zu Verfügung zu stellen? Gibt es bereits Überlegungen, Modelle oder gar konkrete Pläne hierfür?“
2. *„Welche Argumente hatten die damaligen Verantwortlichen bewogen dem Verkauf der HEGEMAG Anteile zu zustimmen? Wurden auch Risiken für den örtlichen Wohnungsmarkt zur damaligen Zeit im Vorfeld einkalkuliert?“*
3. Mit der geplanten Anhebung der Mieten des Bauverein Darmstadt auf durchschnittlich 6,50€ und mehr ist somit die Finanzierungsgrenze für Menschen welche von der GIAG (Gesellschaft für Integration und Arbeit Gießen. Die GIAG -Gesellschaft für Integration und Arbeit Gießen mbH- ist eine Arbeitsgemeinschaft von Landkreis Gießen und der Agentur für Arbeit Gießen.) unterstützt werden mit der Differenz zu maximal 5,50€ pro Quadratmeter Wohnraum überschritten. *„Wird die GIAG hier die Fördergrenze anpassen müssen, oder sollen Betroffene in Zukunft diese Differenz aus eigener Tasche zahlen?“*

Die Folge für Betroffene wären faktisch die Absenkung des Regelsatzes für Lebenshaltungskosten, also die Unterschreitung des Lebenshaltungsminimums gem.

Hartz IV „Ist das sozialverantwortlich und gesamtgesellschaftlich zu verantworten? Wie ist die Meinung hierzu?“

4. Lt. Aussage des Bauverein AG Darmstadt in deren Antwortschreiben auf die begründete Zustimmungsverweigerungen der Mieterhöhungsverlangen vieler Betroffener Mieter werden diese gebeten, die Zustimmung doch noch zu geben, um eine Klageeinreichung beim Amtsgericht zu vermeiden. Zusätzlich werden die Mieter darauf aufmerksam gemacht, dass - sollte die Mieterhöhung zu finanziellen Härten führen -, sich doch an das örtliche Wohnungsamt zu wenden um eventuell Wohngeldansprüche zu stellen.

„Sehen sie diesbezüglich jetzt und auch in Zukunft, wenn andere große Immobilienbesitzer ebenfalls durch Mieterhöhungen das Mietpreisniveau in die Höhe treiben, erhebliche Mehrbelastungen der öffentlichen Kassen welche in Zukunft zu Finanzierungsproblemen führen könnten?“

Anregungen und Wünsche:

Die Mieterinitiative würde sich wünschen, die Bevölkerung welche von der jetzigen Mietpreisentwicklung unverhältnismäßig hart betroffen sind in dieser Situation nicht alleine zu lassen. Es sollten Möglichkeiten zur Lösung öffentlich diskutiert werden und Wege seitens der Stadt Gießen aufgezeigt werden. Wir befürchten, dass in Zukunft eine neue Dimension der Armut wegen nicht mehr finanzierbarem Wohnraum entstehen könnte. Die Folgen könnten auch sein dass vermehrt soziale Brennpunkte entstehen werden.